

Parteien und ihre Pseudolösungen

Das Märchen von Doppelspitzen, Schnuppermitgliedschaften und Super-Wahltagen

Von Dirk Metz

Dass die Volksparteien CDU/CSU und SPD in Not sind, ist keine neue Erkenntnis. Doch wie dramatisch die Lage ist, verdeutlichen zwei Zahlen: In den 70er-Jahren verteilten sich noch 89,7 Prozent aller abgegebenen Stimmen bei Bundes- und Landtagswahlen auf Union und SPD, im jetzt zu Ende gehenden Jahrzehnt sind es noch 56,7 Prozent. Sicher ist unsere Gesellschaft vielfältiger geworden – in Lebensformen, Interessen und Ansichten. Gleichzeitig existieren, durch die Digitalisierung noch forciert, große Unterschiede zwischen Jung und Alt, zwischen Stadt und Land. Ist das Konzept der Volksparteien, die unterschiedliche Sichtweisen bündeln und gemeinsam getragene Lösungen finden, noch zukunftsfähig – und wie?

Getrieben von der Angst, an Relevanz zu verlieren, entwickeln die Volksparteien permanent neue Ideen, wie die Bürger erreicht werden sollen. Was haben sich Politiker nicht alles einfallen lassen, um die Zuneigung der Menschen zurückzu-



Unser Gastautor

Dirk Metz ist Inhaber einer Agentur für Kommunikation und Krisenkommunikation.

Zuvor war der gelehrte Journalist elf Jahre Sprecher der hessischen Landesregierung. Foto: Metz

» Gestalten erfordert Führung, fordert den Mut, auch unbequeme Beschlüsse zu fassen.«

gewinnen: Die CDU führte eine Schnuppermitgliedschaft ein, damit Neumitglieder in den ersten „Abo-Monaten“ kostenfrei feststellen, ob ihnen das inhaltliche und personelle Angebot zusagt. Auch eine Art Superwahltag, an dem die 16 Landesparlamente und der Bundestag parallel gewählt werden, wird gelegentlich gefordert. Jenseits juristischer Fragen würde das sicher weder dem politischen Diskurs noch dem Stellenwert unterschiedlicher Politikebenen gerecht werden. Regelmäßig präsentieren Politiker auch unterschiedliche Modelle für eine Länderneugliederung – die solange auf Begeisterung stoßen, bis die ernsthafte Frage gestellt wird, ob die Saarländer Rheinland-Pfalz oder die Bremen Niedersachsen zugeschlagen werden wollen.

Die Liste lässt sich munter erweitern: Politiker fordern die Begrenzung von Amtszeiten oder den Verzicht auf Diätenerhöhungen, Kommunalparlamente beschließen die eigene Verkleinerung, Oppositionsabgeordnete machen sich für die Reduzierung der Zahl der Mi-

nisterien stark. Und wenn wir ehrlich sind, lenkt doch auch die Doppelspitze der SPD nur davon ab, dass Politikerinnen und Politiker alleinstehend so überzeugend sein sollten, dass man ihnen auch ohne Partner den Vorsitz einer Partei zutraut. Viele dieser Ideen sind juristisch zum Scheitern verurteilt, manche politisch undurchsetzbar, einige nur auf den ersten Blick klug. Die Parteien laufen den Wählern mit diesen Ideen gerne hinterher, die Frage ist nur, ob sie diese so auch erreichen können.

Denn in Wahrheit sind diese vielen Vorschläge nur ein Kurieren am Symptom, es sind Pseudolösungen. Ähnlich die vielen Gipfel aller Art, mit denen suggeriert wird, dass jede Position auf den Tisch kommt und der Kompromiss dann nahe ist, der alle zufriedenstellt. Aber Politik kann nicht jeden in jeder Frage zufriedenstellen. Wer ein 5G-Netz bereitstellen möchte, der muss den Bürgern auch die dafür notwendige Infrastruktur „zumuten“. Wer eine Grundrente verabschieden mag, die der Staat bezahlen und die Be-

hörden umsetzen sollen, der kann nicht für jeden Fall eine Einzelprüfung vorsehen und zusätzlich Ausnahmen von den Ausnahmen verabschieden und dann behaupten, das sei ohne Mehraufwand möglich. Und wer sich für den Ausbau des ÖPNV stark macht, muss den Menschen an den Strecken auch den Baulärm zumuten. Und Bürgerbeteiligung so zurückfahren, dass eine Erweiterung nicht 25 Jahre dauert.

Politische Entscheidungen können also auch wehtun, weil es unterschiedliche Interessen und Betroffenheiten gibt, weil Dinge durchgesetzt werden müssen, die nicht jedem schmecken. Gestalten erfordert Führung, fordert den Mut, auch unbequeme Beschlüsse zu fassen. Wenn die Menschen am Ende einer Wahlperiode dann sagen „Uns hat nicht alles gefallen, aber das Gesamtergebnis ist okay“, dann muss ihnen auch niemand mehr vorgaukeln, dass gute Politik nur möglich ist, wenn Wahltermine gebündelt, Ministerien abgebaut und Amtszeiten begrenzt werden.